



ÖSTERREICH

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 26. November 2014

**Dringlichkeitsantrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 27. November 2014**

Unsere heimischen Unternehmer haben von 2003 bis 2013 mehr als 700 Millionen Euro an Verzugszinsen und Beitragszuschlägen an die Gebietskrankenkassen gezahlt, davon allein im letzten Jahr 71,4 Millionen Euro. Dies geht aus dem Entschließungsantrag (476/A(E) XXV. GP) des freiheitlichen Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm hervor.

Die Festsetzung und Vorschreibung der Verzugszinsen erfolgt gemäß § 59 Abs. 1 (ASVG). Diese 700 Millionen Euro gingen zu Lasten der österreichischen Wirtschaft. Die kleinen und mittleren Unternehmen leiden unter den hohen SV-Kosten, da sie sehr oft zwar zahlungswillig aber nicht immer unmittelbar zahlungsfähig sind, da der hohe Steuer- und Abgabendruck gepaart mit einer Kreditklemme zu fortgesetzten Liquiditätsengpässen führt.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Österreich stellen daher folgenden

Antrag:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge beschließen:

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich mögen mit Nachdruck – bei den zuständigen Stellen der Bundesregierung – die Senkung der Verzugszinsen und Beitragszuschläge an die Gebietskrankenkassen einfordern, umso eine finanzielle Entlastung der heimischen Wirtschaft sicherzustellen.


KommR Winfried Vescoli
Fraktionsobmann


FGO-Stv. Günter G. Burger
Del. z. Wirtschaftsparlament


KommR Hermann Fichtinger
Del. z. Wirtschaftsparlament